

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16083
Donnerstag, 01. Juli 2021

| | |
|---|----|
| Köstinger: GAP-Reform ist Kompromiss zwischen Klimaschutz und wirtschaftlichem Rahmen | 1 |
| Landarbeitsgesetz mit 1. Juli in Kraft: Einheitliche Regelungen für 30.000 Beschäftigte | 2 |
| Waldverband Österreich: EAG-Entwurf ignoriert Klimaschutz mit Holz | 3 |
| Regionalitäts-Check: Kaum österreichischer Hafer im Frühstücksmüsli | 4 |
| Neumann-Hartberger: Schule als Vermittlerin gesunder und nachhaltiger Lebensweise | 5 |
| Windisch: Neue Regionalmarke "Stadternte Wien" gibt bäuerlichen Lebensmitteln ein Gesicht | 7 |
| LK Burgenland: Landesregierung verlässt gemeinsamen Bio-Weg | 8 |
| Erneut schwere Unwetter in der Steiermark und im Burgenland | 9 |
| Versicherungswirtschaft: Klimawandel muss dringend gebremst werden | 9 |
| SalzburgMilch nimmt nach massivem Cyberangriff vollen Betrieb auf | 10 |
| Tirol: 31 tote Schafe im Zusammenhang mit Wolf in Oberhofen | 11 |
| Silberner Agrarfuchs für Lagerhaus und RWA | 12 |
| Ukrainer dürfen ab heute bis zu 100 ha Agrarland erwerben | 13 |

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Köstinger: GAP-Reform ist Kompromiss zwischen Klimaschutz und wirtschaftlichem Rahmen

Landwirtschaftsausschuss diskutiert Einigung auf EU-Agrarpolitik für 2023 bis 2027

Wien, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Die Einigung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stand im gestrigen Landwirtschaftsausschuss des Nationalrats im Zentrum einer Aussprache mit Bundesministerin **Elisabeth Köstinger**. Es sei "höchst an der Zeit" für eine grundsätzliche politische Einigung zur GAP-Reform gewesen, unterstrich Köstinger in ihrem Eingangsstatement. Seit 2018 habe man unter schwierigen Bedingungen, wie einem EU-Kommissionswechsel, einer Wahl zum Europäischen Parlament sowie dem Brexit, verhandelt. Nun hätten sich die 27 Mitgliedstaaten auf einen für alle tragbaren Kompromiss geeinigt, der im Zeichen von verstärktem Umwelt- und Klimaschutz sowie der Fortführung von guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft stehe. * * * *

Die Landwirtschaftsministerin sprach von einem "echten Meilenstein", da zumindest 25% der Fördermittel für Öko-Regelungen reserviert sein würden. Von den für Österreich aktuell zur Verfügung stehenden 1,8 Mrd. Euro an GAP-Mitteln habe man jetzt bereits 40% in klimaschutzfördernde Maßnahmen investiert. Zudem sei es in den Verhandlungen gelungen, dass der österreichische Fokus auf Agrar- und Umweltleistungen in der 2. Säule der GAP weiterhin Anerkennung finden werde, so Köstinger. Was die soziale Dimension betrifft, so würden ab 2025 verpflichtende arbeitsrechtliche Standards eingeführt. Auch hier sei es gelungen, einen Kompromiss zu finden, obwohl sich anfangs 18 Mitgliedsländer dagegen ausgesprochen hätten.

Unterschiedliche Positionen der Parlamentsfraktionen zur GAP-Reform

Die Vertreter der Parlamentsfraktionen bewerten die GAP-Einigung unterschiedlich. Der Weg einer umweltorientierten und nachhaltigen Landwirtschaft könne nun fortgesetzt werden, Österreich habe hier Vorbildwirkung, unterstrich **Nikolaus Berlakovich** (ÖVP). Durch die Einigung hätten die Bäuerinnen und Bauern nun Planungssicherheit für die nächsten Jahre erhalten.

Cornelia Ecker (SPÖ) sah das Verhandlungsergebnis hingegen kritisch. Sie ortete zu wenige Maßnahmen für Klima-, Umwelt- und Tierschutz. **Peter Schmiedlechner** (FPÖ) befürchtete mehr Auflagen, Richtlinien und Bürokratie für die Landwirte in den kommenden Jahren. Man werde versuchen, neue bürokratische Hürden so gut wie möglich von den Bauern und Bäuerinnen fernzuhalten, erklärte die Ministerin. **Johannes Margreiter** (NEOS) bezeichnete das Verhandlungsergebnis von 27 Mitgliedstaaten als "riesige Kraftleistung". **Olga Voglauer** (Grüne) bewertete das Ergebnis der GAP-Verhandlungen etwas kritischer. Sie interessierte sich zudem dafür, welche Maßnahmen in der neuen GAP-Periode gegen importiertes Soja gesetzt würden. Ab 2023 werde es mehr Anreize zum Anbau in Europa geben, versicherte Köstinger. (Schluss)

Landarbeitsgesetz mit 1. Juli in Kraft: Einheitliche Regelungen für 30.000 Beschäftigte

Novellierung des Lohn- und Sozialdumping-Gesetzes im Sozialausschuss

Wien, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Ab heute gilt ein einheitliches Landarbeitsgesetz (LAG) für alle Bediensteten im Land- und Forstwirtschaftsbereich, anstatt der bisher neun bundeslandspezifischen Landarbeitsordnungen. Davon profitieren 30.000 Landarbeiterinnen und Landarbeiter sowie zahlreiche land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Die vormals mehr als 100 Verordnungen konnten auf rund 20 reduziert werden. Weiters wurde die Möglichkeit von Arbeitgeberzusammenschlüssen geschaffen, das heißt, dass sich Betriebe innerhalb einer Region zusammenschließen können, um gemeinsam Arbeits- und Fachkräfte zu beschäftigen. So können die anfallenden Arbeiten in den einzelnen Betrieben flexibel aufgeteilt werden. * * * *

"Das Landarbeitsgesetz schafft erstmals in Österreich einheitliche Regelungen für die Land- und Forstwirtschaft. Beschäftigte und Betriebe profitieren von klaren Regeln und beschleunigten Gesetzgebungsverfahren. Zudem wird mit der Möglichkeit auf Arbeitgeberzusammenschlüsse die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft attraktiver gestaltet, da eine saisonabhängige Anstellung einfacher wird. Damit ist das LAG 2021 ein notwendiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, das auch in der Land- und Forstwirtschaft neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen soll", sagt Arbeitsminister **Martin Kocher**.

Köstinger: Wichtiger Schritt für Betriebe und Landarbeiter

"Mit dem neuen Landarbeitsgesetz gehört Österreich zu den internationalen Vorreitern. Wir gewährleisten damit schnellere Verfahren, einheitliche Arbeitsbedingungen und beseitigen Ungerechtigkeiten. Das ist ein wichtiger Schritt für die Betriebe, aber vor allem für die rund 30.000 Landarbeiterinnen und Landarbeiter in Österreich. Sie leisten jeden Tag harte und unersetzbare Arbeit für unsere Lebensmittelversorgung", betont Bundesministerin **Elisabeth Köstinger**.

Ab sofort gelten auch verbesserte und einheitliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vereinheitlicht wurden der Papamonat, die volle Anrechnung der Elternkarenz auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche und der Anspruch auf Pflegekarenz. "Für Bedienstete im Land- und Forstwirtschaftsbereich gelten nun in allen Bundesländern die gleichen Regelungen. Die Vereinheitlichung des Papamonats ermöglicht es Vätern in ganz Österreich, nach der Geburt Zeit mit Mutter und Kind zu verbringen. Das war bisher nicht flächendeckend möglich", so Kocher. Neu sind zudem die Entgeltfortzahlung bei Teilnahme an Katastrophenhilfe und die Flexibilisierung der Wiedereingliederungsteilzeit.

Regelungen zum Lohn- und Sozialdumping

Das Arbeitsministerium hat auch eine Novellierung der Regelungen zum Lohn- und Sozialdumping erarbeitet, bei der die Entsende-Richtlinie und entsprechende EuGH-Urteile umgesetzt wurden. Die Regierungsvorlage soll heute im Sozialausschuss beschlossen werden. Kommende Woche wird das neue Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz im Plenum des Nationalrats behandelt, mit 1. September 2021 sollen die neuen Regelungen in Kraft treten. Diese beinhalten neue EU-konforme Strafrahmen, die auf die Kritikpunkte des Europäischen Gerichtshofs eingehen. Zudem wurden die Instrumente zur Strafverfolgung adaptiert und Maßnahmen zur Entbürokratisierung gesetzt. Mit der

Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie wurden zudem Schutzstandards für ausländische Beschäftigte, die nach Österreich entsandt werden, geschaffen. (Schluss)

Waldverband Österreich: EAG-Entwurf ignoriert Klimaschutz mit Holz

Rosenstatter: Familienforstwirtschaft nicht im Stich lassen

Wien, 1. Juli 2021 (aiz.info). - "Die aktive Verwendung von Holz in all seinen möglichen Einsatzbereichen ist ein wichtiger und vor allem wirkungsvoller Beitrag im Maßnahmen-Mix für den Kampf gegen die Klimakrise. Dass wir im Bereich der Energie Erdöl, Erdgas und Kohle durch erneuerbare Energieformen ersetzen müssen, ist der Politik hinlänglich bekannt. Dazu zählt insbesondere auch Holz. Nur mit Photovoltaik und Wind wird die Energiewende nicht umsetzbar sein und die Klimaziele haushoch verfehlt werden. Umso mehr enttäuscht der neue Entwurf zum Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG). Darin wird nicht nur der für Holzkraftwerke geplante Zubau im Vergleich zur Ministerratsvorlage halbiert, sondern es werden auch Investitionsförderungen für Energiegemeinschaften gestrichen. Darüber hinaus soll Waldpflegeholz nicht für die Erzeugung von grünem Gas verwendet werden dürfen", kritisiert **Rudolf Rosenstatter**, Obmann im Waldverband Österreich. * * * *

"Glaubhafte Klimaschutzpolitik baut alle erneuerbaren Energieformen aus. Durch die notwendige Anpassung unserer Wälder an den Klimawandel fällt ausreichend Holz für alle Verwendungsbereiche an. Wenn wir für das Holz aus der Waldpflege keine Vermarktungsmöglichkeiten haben, dann ist auch dieser Waldumbau, der der gesamten Gesellschaft dient, nicht finanzierbar", appelliert Rosenstatter an alle Politiker, die das EAG verhandeln.

Atomstrom verhindern

"Wer den möglichen Ausbau zusätzlicher Holzkraftwerke verhindert, blockiert nicht nur den raschen Ausstieg Österreichs aus der Ölabhängigkeit Krieg führender Staaten, sondern provoziert verstärkte Atomstromimporte insbesondere im Winter", warnt der Obmann. "Der aktuelle EAG-Entwurf berücksichtigt eine der großen Stärken Österreichs nicht ausreichend. Dies ist der erneuerbare Rohstoff Holz, der aus einer enkeltauglichen Waldbewirtschaftung stammt. Leichtfertig wird auf diese krisensichere 'Holzkraft' verzichtet und stattdessen auf verstärkte Atomstromimporte aus den Nachbarländern gesetzt. Das ist absolut nicht im Sinne unserer Bevölkerung, die sich immer wieder eindeutig gegen Atomkraft ausspricht", fordert Rosenstatter deutliche Nachbesserungen bei der Biomasse im EAG. (Schluss)

Regionalitäts-Check: Kaum österreichischer Hafer im Frühstücksmüsli

Schmuckenschlager und Strasser fordern mehr Transparenz bei Herkunft

St. Pölten, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Ein Regionalitäts-Check von Haferflocken und Birchermüsli in niederösterreichischen Supermärkten bringt ernüchternde Ergebnisse hinsichtlich der Herkunft. Landwirtschaftskammer (LK) NÖ-Präsident **Johannes Schmuckenschlager**, der Präsident des Österreichischen Bauernbundes, **Georg Strasser**, und die stellvertretende Landjugend-Landesleiterin **Magdalena Polsterer** fordern mehr Transparenz und eine klare sowie lückenlose Herkunftskennzeichnung. * * * *

Haferflocken und Müsli sind ein wichtiger Bestandteil im Frühstück der Österreicher. Wer sich bewusst ernährt, achtet auch auf die Herkunft seiner Lebensmittel. Gerade bei Getreide gehen viele Konsumenten oft automatisch davon aus, dass es aus Österreich kommt. Der Regionalitäts-Check von LK NÖ, Bauernbund Österreich, Verein "Wirtschaften am Land" und Landjugend NÖ hat allerdings gezeigt, dass das oft ein Irrglaube ist. Wegen fehlender Kennzeichnung lässt sich im Geschäft zudem leider kaum herausfinden, ob man nun ein österreichisches Produkt in Händen hält oder nicht.

Check-Ergebnisse sind miserabel

"Die Ergebnisse sind miserabel. Bei nur 20% der untersuchten Haferflocken war Österreich als Herkunftsland angegeben. Beim Müsli stammen gar nur bei einem einzigen der getesteten Produkte die Haferflocken aus Österreich", ist Schmuckenschlager über die schlechte Nachvollziehbarkeit entsetzt. Bei den restlichen Haferflockenprodukten stammt der Hafer aus Deutschland, Dänemark, Finnland, Schweden, Polen oder Litauen. Diese Angaben machten die Hersteller beziehungsweise Händler auf explizite Nachfrage der Store-Checker, denn oft ist am Etikett lediglich "Hafer aus EU/Nicht-EU" angegeben, jedoch nicht das konkrete Herkunftsland. Bei einem überprüften Produkt gibt es trotz Nachfrage gar keine Information über das Ursprungsland.

AMA-Gütesiegel auf Getreide ausweiten

Für Verwirrung sorgt eine bekannte Eigenmarke: Auf der Verpackung prangt plakativ die Aufschrift "Abgepackt in Österreich", noch dazu mit rot-weiß-roter Andeutung. Drin ist aber nicht immer heimischer Hafer. Je nach Verfügbarkeit kommen die Haferflocken aus Österreich und Deutschland. "Wie bei vielen anderen Produktgruppen bedeutet auch bei Haferflocken oder Müsli eine rot-weiß-rote Fahne auf der Verpackung oder auf dem Preisschild nicht automatisch, dass der Hafer aus Österreich stammt. Die Herkunftsangabe ist in diesem Fall nicht transparent, die Konsumenten werden in die Irre geführt", kritisiert Schmuckenschlager.

Er sieht den Schlüssel für lückenlose Transparenz in der Ausweitung der Herkunftskennzeichnung: "Wir drängen schon lange auf eine durchgängige und nachvollziehbare Kennzeichnung der Lebensmittelherkunft. Eine zentrale Maßnahme muss hier die Ausweitung des staatlich anerkannten AMA-Gütesiegels auf neue Produktgruppen sein, im konkreten Fall auf Getreide und Getreideprodukte wie Backwaren." Strasser betont: "Es darf nicht Regionalität suggeriert werden, wo keine drinnen ist. Wir brauchen definitiv mehr Transparenz beim Frühstücksmüsli. Es gilt, den Mehrwert des AMA-Gütesiegels zu nutzen. Wer Hafer aus Österreich kauft, bekommt garantiert mehr Artenvielfalt und höchste Sorgfalt beim Pflanzenschutzmitteleinsatz."

Keine Glyphosat-Rückstände bei Hafer aus Österreich

Beim breit angelegten Regionalitäts-Check wurden elf Haferflocken-Produkte auf Glyphosat-Rückstände untersucht. Strasser dazu: "Österreichische Lebensmittel weisen keinerlei Glyphosat-Rückstände auf. Wir konnten solche aber bei zwei Produkten aus der EU, wenn auch nur in Spuren und deutlich unter den Höchstgrenzen, nachweisen. In der EU gelten für Pflanzenschutzmittel strengste Auflagen, Österreich geht hier noch weiter. Um mit Lebensmitteln nicht in Berührung zu kommen, darf Glyphosat bei uns nur vor der Saat oder nach der Ernte angewendet werden. Wer heimisches Müsli kauft, kann sich also auf allerhöchste Qualitätsstandards verlassen."

Teilnahme am ÖPUL bestätigt österreichischen Weg

"Bereits jetzt nehmen mehr als 80% der Bäuerinnen und Bauern freiwillig am Österreichischen Programm für umweltgerechte Landwirtschaft teil. Unsere ökosoziale Agrarpolitik als Vorzeigemodell in Europa zu etablieren, ist mit dieser GAP-Reform gelungen. Wer regional kauft, kauft somit ein Ticket für Vielfalt. Wer regional kauft, kauft gleichzeitig Kulturlandschaft, beste Qualität, Klimaschutz und Artenreichtum", sind sich Strasser und Schmuckenschlager einig.

Bewusst regional einkaufen

Polsterer betont: "Als größte Jugendorganisation im ländlichen Raum finden wir es sehr schade, dass Produkte, die unsere Bauern in hoher Qualität produzieren, dennoch in großen Mengen importiert werden. Um wirklich sicher sein zu können, woher die verarbeiteten Produkte kommen, muss man hohen Aufwand betreiben. Es wäre wünschenswert, dass auch in fertig verpackten Müslis vermehrt österreichische Produkte verarbeitet werden." Wirklich sicher sein kann man sich beim bäuerlichen Direktvermarkter ums Eck. "Wer regional kauft, schützt die Umwelt durch kürzere Transportwege. Außerdem achtet man bei uns in Österreich besonders darauf, der Natur Lebensraum zu lassen. Wer österreichische Produkte kauft, kauft damit mehr Biodiversität und Lebensraum für die Natur", so Polsterer.

Die Detailergebnisse können auf www.aiz.info im Anschluss an diesen Beitrag heruntergeladen werden. (Schluss)

Neumann-Hartberger: Schule als Vermittlerin gesunder und nachhaltiger Lebensweise

Ernährungsbildung ist Basis für das gesamte Leben

Wien, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Die Schule ist der Ort, wo Kinder fürs Leben lernen sollen - und was wäre dabei wichtiger als ihre eigene Gesundheit. Daher setzt sich die Arbeitsgemeinschaft Österreichische Bäuerinnen seit Jahren dafür ein, dass Ernährungs- und Konsumbildung fixer pädagogischer Lehrstoff in den Elementar- und Sekundarstufen aller Schultypen wird. Die Bedeutung der Schule bei der Vermittlung von Lebensmittel- und Ernährungswissen wurde gestern von bekannten heimischen Ernährungsexpertinnen im Rahmen des Online-Live-Talks "Schule prägt Essgewohnheiten - es muss dort gelehrt werden" mit mehr als 180 Teilnehmerinnen bekräftigt. * * * *

Das Wissen über Lebensmittel und eine gesunde Ernährung zählt zum Grundstock, den man seinen Kindern mitgeben kann. Doch wo sollen sie es lernen? Die Zeiten der Großfamilie, wo jeden Tag frisch gekocht wurde und eine Generation der anderen spielerisch gezeigt hat, wie man sich gesund ernährt, sind passé. Heute herrschen Arbeitsdruck und Zeitmangel. Convenience-Produkte, Fast Food, Außer-Haus-Verzehr und Lieferservice haben stark zugenommen. "Dabei wäre gerade in der heutigen Zeit die Ernährungsbildung so wichtig, denn sie wirkt als Schutzfaktor vor Essstörungen sowie Stress und beugt Verunsicherungen im Rahmen der Ernährung vor", betont die klinische Ernährungsmedizinerin **Angelika Kirchmaier**. Daher kommt der Schule eine Schlüsselfunktion zu, Kindern Lebensmittelwissen und eine gesunde, nachhaltige Ernährungsweise beizubringen. "Wir essen im Schnitt dreimal täglich, in rund 80 Jahren sind das 90.000 Mahlzeiten. Da ist es wichtig, so früh wie möglich mit einer praxisnahen Ernährungsbildung zu beginnen", so die Expertin.

Neumann-Hartberger: Gesellschaft unterstützt Forderung nach pädagogischem Schwerpunkt Ernährungsbildung

"Die Vermittlung von Kompetenzen, die unseren Kindern das Basiswissen mitgeben, damit sie als Erwachsene für ihre Gesundheit richtige Entscheidungen treffen können, ist ein essenzielles Thema, das auch von den Österreicherinnen und Österreichern unterstützt wird. In der KeyQUEST-Studie 'Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft' sprechen sich 98% der Befragten für einen stärkeren pädagogischen Schwerpunkt 'Ernährung und Konsumbildung' in den Pflichtschulen aus. Dabei sollen vor allem die Herkunft von Lebensmitteln, Umweltschutz, ein verantwortungsvoller Konsum sowie die Grundlagen der Ernährung gelehrt werden", zeigt die Vorsitzende der ARGE Bäuerinnen, **Irene Neumann-Hartberger**, auf. Voraussetzung dafür sind kompetente Pädagoginnen und Pädagogen. Der Lehrgang "Lebensmittelwissen" wird von der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien angeboten, ebenso wie eine frei zugängliche Datenbank mit Unterrichtsmaterialien zum Thema. Die Bäuerinnen Österreich forcieren auch die Verankerung dieses Schwerpunktes in den Lehrplänen sowie in der Pädagog(inn)enausbildung NEU.

Gruber: Österreichern mangelt es an Grundlagenwissen über Ernährung

"Ernährungsbildung ist ein Gebot der Stunde", meint auch **Marlies Gruber** vom forum. ernährung heute (f.eh). Sie hat mit ihrer repräsentativen Erhebung des Status quo die Defizite in der heimischen Bevölkerung zutage gefördert. So wissen beispielsweise 70% nicht, dass von allen Nährstoffen Fett am meisten Kalorien hat, etwa doppelt so viel wie Zucker. Die Ernährungsempfehlungen bei Obst und Gemüse kennt nur jeder Fünfte und den Nutzen von Ballaststoffen für das Halten des Körpergewichts jeder zweite Bürger. In Summe liegen die Österreicher mit ihrem Ernährungswissen im internationalen Mittelfeld. Durch den Anstieg ernährungsbedingter Zivilisationskrankheiten erhalte die solide und umfassende Vermittlung von Ernährungswissen und -bildung bereits im Kindes- und Jugendalter gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Dabei seien vielfältige Kompetenzen sowie eine kritische Auseinandersetzung und Reflexion notwendig, um ein entsprechendes Konsum- und Bewegungsverhalten entwickeln zu können.

Claudia Angele von der Universität Wien betont die Wichtigkeit schulischer Ernährungsbildung, weil es sich um eine existenzielle Kompetenz für eine verantwortungsbewusste Alltagsbewältigung handelt. Damit meint sie den Erwerb der Fähigkeit, die eigene Ernährung unter den gesellschaftlichen Bedingungen politisch mündig und sozial verantwortlich gestalten zu können. Dieser Kompetenzerwerb setzt die Verknüpfung von fachtheoretischem und fachpraktischem Lernen über alle Alters- und Schulstufen in der Pflichtschulzeit voraus, darüber sind sich nationale und internationale Experten der Fachdidaktik Ernährung einig. Wichtig ist, in all diesen Konzepten von der Lebenswelt der Kinder oder Jugendlichen auszugehen.

"Zu wissen, welche Arten von Produkten es gibt, wie die Rohstoffe von den Bäuerinnen und Bauern erzeugt und veredelt werden, welche wichtigen Ressourcen an Boden, Wasser sowie Wissen und persönlicher Einsatz darin stecken, erhöht auch die Wertschätzung für diese Produkte und die bäuerliche Arbeit. Gleichzeitig lehrt es die junge Generation den sorgsam Umgang mit Lebensmitteln und wie deren Verschwendung vermieden wird. Das sind wesentliche Aspekte für ihr eigenes gesundes Erwachsenenleben und den Schutz der Umwelt und des Klimas. Eben das, was wir uns alle für unsere Kinder wünschen", schließt Neumann-Hartberger. (Schluss) - APA OTS 2021-07-01/12:48

Windisch: Neue Regionalmarke "Stadternte Wien" gibt bäuerlichen Lebensmitteln ein Gesicht

Im kommenden Jahr soll auch ein breites Bio-Aktionsprogramm starten

Wien, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Es sei ein "außergewöhnliches" Jahr für die Wiener Stadtlandwirtschaft gewesen. Vieles habe gut funktioniert, wie etwa die problemlose Umstellung der Informations- und Beratungstätigkeit der Landwirtschaftskammer oder die COVID-Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung für bäuerliche Betriebe. Summa summarum sei die Branche in den vergangenen eineinhalb Jahren gut durch die Pandemie gekommen, zog Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Franz Windisch** bei der gestrigen Vollversammlung erste Bilanz. Ein positives Highlight war die Präsentation der Dachmarke "Stadternte Wien" für Produkte der Wiener Stadtlandwirtschaft Mitte Mai, die allseits große Unterstützung erhält. * * * *

"Der Slogan 'So nah, so gut' impliziert jene Aspekte, für die unsere Ackerbauern, Gemüsegärtner und Winzer stehen: kurze Transportwege, die die Frische und Qualität unserer Produkte garantieren und zum anderen einen wesentlichen Punkt in der Klimaschutzdebatte darstellen, auf die Konsumenten mit dem Kauf unserer Lebensmittel reagieren können. Weiters wird damit die Versorgungssicherheit angesprochen, die in der COVID-Krise einen neuen Stellenwert erlangt hat. Im Kielwasser der Produktion stehen zudem Wertschöpfung und Arbeitsplätze, die vor Ort generiert werden, und nicht zuletzt der Grünraumschutz und die -pflege - ein Wert, den die städtische Bevölkerung durch die Pandemie neu entdeckt hat", zeigt Windisch die Schlüsselemente der Dachmarke "Stadternte Wien" auf.

Teilnehmende Produktionsbetriebe müssen an anerkannten staatlichen Qualitäts- und Herkunftssicherungssystemen teilnehmen. Aktuell haben sich rund 25 Betriebe angemeldet und sind mit ihren Erzeugnissen auf der Homepage www.stadternte.wien gelistet. "Die Wiener Stadtlandwirtschaft ist ein außergewöhnliches Phänomen - mit einer funktionierenden Lebensmittelerzeugung durch bäuerliche Familienbetriebe in einer Hauptstadt. Diese Einzigartigkeit

wurde nun in eine Form gegossen und gibt unseren Lebensmitteln ein klares Gesicht, mit dem man sich identifizieren kann", betonte der LK-Präsident.

Erweitertes Bio-Aktionsprogramm ab 2022 in Planung

Intensiv gearbeitet wird aktuell auch an einem Bio-Aktionsprogramm für Wiener Betriebe. Das bisherige Förderungsprogramm mit Fokus auf den Neueinstieg beziehungsweise die Umstellung auf biologische Bewirtschaftung wurde für heuer verlängert. Ab dem kommenden Jahr soll es dann ein erweitertes Bio-Aktionsprogramm geben, um die biologisch bewirtschaftete Fläche deutlich zu steigern. "Geplant sind vier Interventionsmaßnahmen, die neben einer Startförderung ebenso Unterstützung bei der Produktionstechnik, in der Beratung sowie bei der Vermarktung vorsehen. Unser Ziel ist es, Kontinuität in der Unterstützung zu erreichen und damit den Biolandbau in Wien zu forcieren", erläuterte Windisch. Aktuell werden in der Bundeshauptstadt 1.886 ha nach biologischen Kriterien bewirtschaftet, das sind 35% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche Wiens.

Pestizideinsatz und -reduktion sind komplexe Materie

Einen Achtungserfolg schreibt sich die Interessenvertretung in der Debatte um die Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes zu, der auch ein zentrales Element der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ist. Auf Wiener Ebene sei es der LK gelungen, das Thema breit auszurollen und Bewusstsein dafür zu schaffen, um welche komplexe Materie es sich hierbei handelt, sowie den Dialog auf eine sachliche Ebene zurückzuführen, so Windisch. "Die Teilnehmer haben erkannt, dass es umfassendes und vorausschauendes Denken braucht, nicht nur den plakativen Ruf nach dem Verbot von Wirkstoffen." (Schluss)

LK Burgenland: Landesregierung verlässt gemeinsamen Bio-Weg

Gesamte Bio-Beratung soll ab jetzt Landessache sein

Eisenstadt, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Kürzlich wurde die Landwirtschaftskammer (LK) Burgenland darüber informiert, dass die Landesregierung die gesamte Bio-Beratung ab 1. Juli selbst durchführen will. "Das ist eine große Herausforderung, da bis heute kein genaues Konzept vorliegt. Wir bedauern diese Vorgehensweise der Landesregierung sehr. Man hat sich vor einigen Jahren auf den gemeinsamen Weg 'Bioland Burgenland' geeinigt, jetzt verlässt das Land diesen gemeinsamen Weg", stellt die Kammer fest. * * * *

Die Landwirtschaftskammer hat seit über 40 Jahren die Bio-Beratung erfolgreich durchgeführt. Das zeigen die folgenden Zahlen: EU-weit liegt der Bio-Anteil bei 8,5%, österreichweit bei 26% und im Burgenland sogar bei 37%. Bereits 2018 lag der Bio-Anteil im Burgenland bei 34%. 2020 wurden trotz der Herausforderungen durch Corona über 21.000 Bio-Beratungen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LK durchgeführt.

"Den gemeinsamen Bio-Weg mit einem fachlich kompetenten Sozialpartner, der bereits seit über 40 Jahren erfolgreich die heimischen Bio-Betriebe berät, zu verlassen, bedauern wir sehr, und das ist auch nicht nachvollziehbar", heißt es in einer Aussendung der Landwirtschaftskammer. (Schluss)

Erneut schwere Unwetter in der Steiermark und im Burgenland

Hagelversicherung meldet weitere Schäden von 7,8 Mio. Euro

Wien, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Die Unwetter-Serie nimmt kein Ende. So wurden gestern am späten Nachmittag und Abend Agrarflächen in der Steiermark und im Burgenland durch Starkniederschläge in Kombination mit Hagel und Sturm gebietsweise schwer geschädigt. "Nach ersten Erhebungen durch die Sachverständigen der Österreichischen Hagelversicherung ist mit einem Gesamtschaden von 7,8 Mio. Euro zu rechnen", teilt Vorstandsvorsitzender **Kurt Weinberger** mit. * * * *

"Die heimische Landwirtschaft kommt momentan nicht zur Ruhe. Nach den schweren Unwettern Ende letzter Woche wurde jetzt die Landwirtschaft in der Steiermark und im Burgenland erneut von schweren Unwettern heimgesucht. Viele Kulturen standen kurz vor der Ernte. Binnen Minuten wurde die Arbeit und damit das Einkommen vernichtet. Unsere Sachverständigen sind im Dauereinsatz, den landwirtschaftlichen Betrieben im Ausnahmestand muss rasch geholfen werden", betont Weinberger.

In der Steiermark sind die Bezirke Weiz sowie Hartberg-Fürstenfeld und hier die Kulturen Getreide, Mais, Kürbisse, Soja, Obst, Wein und Gemüse auf einer Fläche von 12.000 ha betroffen. Die Hagelversicherung beziffert das Schadensausmaß nach ersten Erhebungen mit 7 Mio. Euro. Inklusiv der bisherigen Hagelereignisse wird von einem Gesamtschaden in der Landwirtschaft von 16 Mio. Euro ausgegangen.

Im Burgenland waren von den jüngsten Unwetterereignissen die Bezirke Güssing sowie Oberwart und hier wiederum die Kulturen Getreide, Zuckerrüben, Mais, Soja und Obst auf einer Fläche von 4.000 ha betroffen. Das Schadensausmaß beträgt rund 800.000 Euro beziehungsweise inklusive der bisherigen Hagelereignisse 2,1 Mio. Euro.

Laut Berechnungen der Hagelversicherung beträgt der Gesamtschaden in der Landwirtschaft aufgrund der bisherigen Hagelereignisse in Österreich 73 Mio. Euro. Betroffene Landwirte können ihre Schäden online unter www.hagel.at melden. (Schluss)

Versicherungswirtschaft: Klimawandel muss dringend gebremst werden

Weinberger schmiedet Allianzen bei Austrian World Summit

Wien, 1. Juli 2021 (aiz.info). - "Der Klimawandel, also die Erderwärmung, ist der größte anzunehmende Schadensfall. Die Wetterextreme führen zu hohen Sachschäden an Gebäuden und Infrastruktur ebenso wie zu Ertragsverlusten in der Landwirtschaft. Daher muss der Klimawandel dringend gebremst werden, um die Auswirkungen zu reduzieren. Das ist mittlerweile auch eine Überlebensfrage", betonen die beiden Versicherungsmanager **Rémi Vrignaud**, Vorstandsvorsitzender Allianz Österreich, und **Kurt Weinberger**, Vorstandsvorsitzender der Hagelversicherung, in einer gemeinsamen Aussendung anlässlich des heutigen Austrian World Summit in Wien. * * * *

Die größte internationale Klimaschutzkonferenz fand auch im heurigen Jahr wieder eine Fortsetzung. Dank Monika Langthaler und Arnold Schwarzenegger konnten neuerlich Best-Practice-Beispiele in Sachen Klimaschutz vor den Vorhang geholt werden. Unter der Patronanz von Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurde dem Klimaschutz wieder eine wichtige Stimme gegeben.

Bodenverbrauch als größtes Umweltrisiko

Neben den Auswirkungen des "klassischen" Klimawandels in Form von Naturkatastrophen wird aber auch noch ein weiterer Aspekt schlagend: der Bodenverbrauch. "Faktum ist: Durch die gegenwärtige Verbauung steigt infolge von Starkniederschlägen auch das Überschwemmungsrisiko. Das hat Auswirkungen auf uns als Kompositversicherer. Festgesetzte Überschwemmungsgebiete müssen daher in ihrer Funktionalität als Rückhalteflächen tatsächlich auch erhalten bleiben. Das gilt es auch bei der Raumordnung beziehungsweise Planung zu berücksichtigen", weist Vrignaud auf einen besonderen Umstand hin. "Das abgestimmte Zusammenwirken von Flächen- und Bodenschutz auf der einen Seite und Objekt- beziehungsweise Agrarflächenschutz auf der anderen Seite muss dabei im Vordergrund stehen. Das heißt, Widmungen sind auch auf Starkregen- oder Hochwasserereignisse zu prüfen. Abgesehen davon erfüllt der Boden lebenswichtige Funktionen", ergänzt Weinberger.

Klimaschutz ist eine Investition in die Zukunft

"Wir müssen endlich folgendes begreifen: Der Klimaschutz ist ein zentraler Treiber für Jobs und Wohlstand in unserem Land. Wer hier auf die Bremse tritt, schadet unserer Volkswirtschaft und wir werden sehr verletzlich. Wir müssen in den Klimaschutz investieren, ansonsten werden die Schäden weiter zunehmen. Nur konsequenter Klima- und Bodenschutz schafft nachhaltig Arbeitsplätze, sichert die Ernährung der Menschen in Städten sowie am Land und hinterlässt unseren Kindern eine intakte Umwelt und Natur für eine lebenswerte Zukunft", so der gemeinsame Appell von Vrignaud und Weinberger im Rahmen des Kongresses. (Schluss)

SalzburgMilch nimmt nach massivem Cyberangriff vollen Betrieb auf

Belieferung der Kunden ist wieder sichergestellt

Salzburg, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Am 22. Juni hat ein massiver Cyberangriff bei der SalzburgMilch GmbH weitreichende Schäden in der IT-Infrastruktur verursacht. Sämtliche Bereiche des Unternehmens waren von den Systemausfällen betroffen. Sofort nach dem Bemerkten des Angriffs arbeiteten interne und externe Spezialisten rund um die Uhr an der Behebung der Schäden und an der Wiederherstellung der geregelten Abläufe. Bereits am nächsten Tag war es gelungen, Teile der Produktion zu aktivieren, allerdings nur in einem Notbetrieb. Produzierte Waren mussten extern zwischengelagert werden. Am vergangenen Freitag waren dann erste, ebenfalls noch behelfsmäßige Belieferungen des Handels möglich. Nun kann der volle Betrieb wieder aufgenommen werden, teilt das Molkereiunternehmen mit. * * * *

Nach tagelangem Einsatz ist es den IT-Experten nun gelungen, alle Systeme wieder aus eigener Kraft zu reaktivieren und sämtliche Bereiche der Produktion, der Lagerverwaltung und der Logistik wieder in Betrieb zu nehmen. "Seit heute, Donnerstag, läuft die Belieferung unserer Kunden

wieder automatisch", zeigt sich SalzburgMilch-Prokurist **Albert Wallner** erleichtert und ergänzt: "Auch wenn diese Krise noch nicht durchgestanden ist, möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei den vielen externen Experten, Logistikunternehmen und allen Firmen, die uns unbürokratisch unterstützt haben, für ihren unglaublichen Einsatz in der Bewältigung dieser dramatischen Situation bedanken.

Dank an Partner und Konsumenten

Geschäftsführer **Andreas Gasteiger** betont zudem die hohe Solidarität, die dem Unternehmen entgegengebracht wurde: "Unser großer Dank gilt auch den Handelspartnern, die eine enorme Flexibilität gezeigt haben und äußerst verständnisvoll mit dieser außergewöhnlichen Situation umgegangen sind." Gasteiger richtet sich weiters mit einem Appell an die Konsumenten der SalzburgMilch: "Wir bedauern sehr, dass es als Folge dieses kriminellen Angriffs auf uns zu Lieferausfällen gekommen ist und teilweise nicht das gewohnte Produktsortiment in den Regalen vorzufinden war. Wir hoffen daher, dass unsere Milch- und Käseprodukte rasch wieder in vollem Umfang im Handel vorrätig sein werden und uns die Freunde unserer Produkte auch weiterhin die Treue halten."

Über die Identität der Cyberangreifer aus dem Darknet, zu denen es seit Tagen keine Kommunikation mehr gibt, ist nichts bekannt. Die zuständigen Spezialisten des LKA Salzburg ermitteln weiter in diesem Kriminalfall, weshalb hierzu generell keine weiteren inhaltlichen Angaben gemacht werden können. Die Höhe des durch den Hackerangriff entstandenen Schadens lässt sich erst nach vollständiger Aufarbeitung genau ermitteln. (Schluss)

Tirol: 31 tote Schafe im Zusammenhang mit Wolf in Oberhofen

Schafbauern treiben 210 Tiere von der Alm zurück auf die Heimbetriebe

Innsbruck, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Die genetischen Untersuchungen der Proben der am 16. Juni 2021 auf der Oberhofer Alm tot aufgefundenen Schafe haben einen Wolf aus der italienischen Population als Verursacher ergeben. Auch bei einem weiteren Riss am 18. Juni 2021 in Gries im Sellrain wurde ein Wolf aus dieser Population nachgewiesen. Am 28. und 29. Juni 2021 wurden in Oberhofen weitere tote Schafe amtstierärztlich begutachtet und der konkrete Verdacht auf einen Wolf als Verursacher festgestellt. Hier liegen die Ergebnisse der genetischen Untersuchung noch nicht vor. Derzeit ist allein auf der Oberhofer Alm von 31 toten Schafen im Zusammenhang mit einem Wolf auszugehen. Die Schafbauern haben jetzt die Konsequenzen gezogen und zirka 210 Schafe von der Alm zurück auf die Heimbetriebe gebracht. Weitere Tiere werden noch vermisst, teilt das Land Tirol mit. * * * *

Hechenberger: Herdenschutz auf Schafalmen vielfach nicht möglich

"Dieser Almabtrieb zeigt auf traurige Weise, dass die Almwirtschaft gegenüber dem Wolf den Kürzeren zu ziehen droht. Die unregulierte Wiederansiedelung von Wölfen ist eine massive Gefährdung für unsere Landwirtschaft, da Herdenschutz auf den Schafalmen vielfach nicht möglich ist. Wir müssen aufpassen, dass vor lauter Wolfsschutz nicht auf die ebenso schützenswerte Almwirtschaft mit ihren vielfältigen Leistungen für unser Land vergessen wird", kommentiert der Obmann des Vereines zum Schutz und Erhalt der Land- und Almwirtschaft in Tirol,

Josef Hechenberger, den viel zu frühen Almbetrieb.

Unabsehbare Auswirkungen

Dieser Einschätzung schließt sich der Bürgermeister der Gemeinde Oberhofen, **Peter Daum**, an: "Wir haben jetzt das dritte Jahr in Folge in diesem Gebiet massiv steigende Wolfspräsenz. Kein Wunder, dass kleinstrukturierte Nebenerwerbsbetriebe so die Freude an der Schafhaltung verlieren. Dabei sind diese so wichtig für uns, gerade im Hinblick auf die Sicherheit in unseren Siedlungsgebieten. Für jene Almgebiete, die normalerweise von den Schafen abgegrast werden, gibt es keine Alternativen in der Bewirtschaftung und des hochalpinen Geländes, womit die Gefahr für Lawinen- und Murenabgänge steigt", warnt Daum.

Es ist wie eine Ohnmacht

Almbmann und Ortsbauernobmann **Johann Moser** sieht vor allen Dingen die Hilflosigkeit der Bauern angesichts der aktuellen Situation als ein massives Problem: "Es ist wie eine Ohnmacht. Fast täglich sind wir auf der Alm auf tote Tiere gestoßen, täglich mussten wir die auftreibenden Betriebe über Risse informieren. Natürlich überlegt man, welche Möglichkeiten man hat und was man tun kann. Aber für Herdenschutz ist unsere Alm nicht geeignet. Zuerst haben wir gehofft, der Wolf würde weiterziehen, aber das ist leider nicht passiert. Wir brauchen eine Lösung, die sicherstellt, dass dieser Wolf hier nicht mehr umherstreift, sonst werden wir auf diese Alm nicht mehr auftreiben können." Ob die betroffenen Bäuerinnen und Bauern ihre Tiere im Tal weiden, andere Almen finden oder die Tierhaltung überhaupt aufgeben, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden.

Jahresbericht "Bär-Wolf-Luchs und Goldschakal" online verfügbar

Im Jahr 2020 wurden in Tirol zehn Wölfe aus drei Herkunftspopulationen genetisch nachgewiesen. Im Zusammenhang mit Wolfsangriffen wurde vergangenes Jahr für 281 tote Schafe und Ziegen sowie weitere 30 Schafe in Bezug auf einen Goldschakal eine Entschädigung von insgesamt 70.000 Euro gezahlt. Über 1.000 Tiere wurden 2020 aufgrund der Präsenz eines Wolfs vorzeitig von 15 verschiedenen Almen abgetrieben. Die Futterkosten für diese Tiere beliefen sich auf 26.000 Euro. Bärennachweis gab es im vergangenen Jahr keinen. Dies geht aus dem Jahresbericht 2020 "Bär-Wolf-Luchs und Goldschakal" hervor, der ab sofort online unter www.tirol.gv.at/baer_wolf_luchs verfügbar ist. (Schluss) kam

Silberner Agrarfuchs für Lagerhaus und RWA

Auszeichnung der Agraria Wels und der BauernZeitung für Qtrack-GPS-System

Korneuburg, 1. Juli 2021 (aiz.info). - Lagerhaus und die RWA Raiffeisen Ware Austria sind für das innovative GPS-Ortungsgerät Qtrack bei der Agraria 2020 mit dem Silbernen Agrarfuchs in der Kategorie Digitalisierung ausgezeichnet worden. Der Agrarfuchs wird von der Agraria Wels und der Österreichischen BauernZeitung vergeben und prämiiert den praktischen Nutzen von Produkten für Landwirte. Qtrack wurde dabei aufgrund der einfachen Handhabung und für den enormen Beitrag zum Schutz der landwirtschaftlichen Nutztiere ausgewählt. * * * *

Qtrack ortet Rinder, Schafe, Ziegen oder Pferde mittels GPS-Satellitensystem und leitet die Daten regelmäßig automatisch auf eine App am Smartphone oder Tablet beziehungsweise auf einen Computer weiter. Tierhalter können außerdem sogenannte Geozäune erstellen: Falls ein Tier den gekennzeichneten Bereich verlässt, sendet das Ortungsgerät unmittelbar eine Warnung an den Landwirt, der entsprechend reagieren kann. Auch entlaufene und möglicherweise verletzte Tiere werden mit Qtrack geortet und können somit schneller versorgt werden. Die Ortungsgeräte können einfach in den Lagerhäusern oder im Lagerhaus-Onlineshop bestellt und nach einer Registrierung sofort genutzt werden. Die lange Akkulaufzeit ermöglicht es, die Geräte eine gesamte Almsaison einzusetzen, ehe sie wieder aufgeladen werden müssen.

"Innovationen und moderne Technik sind in der Landwirtschaft nur dann sinnvoll, wenn sie auch einen konkreten Zweck erfüllen. Bei Lösungen wie Qtrack trifft das zu, denn der Landwirt wird entlastet, kann sich anderen Aufgaben widmen und so insgesamt effizienter wirtschaften. Als Genossenschaft wollen wir den Landwirten einen einfachen und möglichst kostengünstigen Zugang zu diesen Technologien bieten. So leisten wir einen wichtigen Beitrag zu einer modernen und nachhaltigen Landwirtschaft. Die Auszeichnung mit dem Silbernen Agrarfuchs zeigt uns, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind", betont RWA-Vorstandsdirektor **Christoph Metzker**. (Schluss)

Ukrainer dürfen ab heute bis zu 100 ha Agrarland erwerben

Über Zugang von Ausländern zum nationalen Agrarlandmarkt wird später entschieden

Kiew, 1. Juli 2021 (aiz.info). - In der Ukraine ist heute das Agrarland-Transaktionsgesetz in Kraft getreten. Das im März 2020 verabschiedete Gesetz ermöglicht den ukrainischen Staatsbürgern ab sofort den Kauf landwirtschaftlicher Flächen von bis zu 100 ha. Inländische juristische Personen sollen dann ab Anfang 2024 bis zu 10.000 ha Agrarland erwerben dürfen. Grundsätzlich vom Verkauf ausgeschlossen sind die dem Staat beziehungsweise den Kommunen gehörenden Flächen. Über den Zugang von Ausländern zum nationalen Agrarlandmarkt sollen die Ukrainer laut dem Gesetz später in einem Referendum entscheiden. (Schluss) pom